



II - 7202 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5906/17-4/92

3321/AB

1992 -09- 09

zu 3350/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Böhacker und Kollegen vom 13.7.1992,
Zl. 3350/J-NR/92, "Konkurrenzfähigkeit der
Post mit privaten Paketzustelldiensten"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

"Ist Ihnen bekannt, daß die vier größten Versandkaufhäuser den Großteil Ihrer Sendungen (insgesamt 20 Mio. Stück pro Jahr) aufgrund der Servicemängel und der Tarifpolitik der Post in Hinkunft mittels privater Frächter abwickeln werden?"

Welchen Einnahmenausfall erwarten Sie aufgrund dieser Entwicklung bei der Post?

Welchen Anteil am Gesamttransportvolumen der Post machen derartige Sendungen von Großkaufhäusern aus?"

Ab Herbst 1992 werden vier Versandkaufhäuser einen sehr geringen Teil ihrer jährlich rund 9 Millionen Paketsendungen, nämlich die Sendungen für Empfänger in zwei Bezirken Wiens sowie im Bereich Mistelbach, versuchsweise einem privaten Beförderer übergeben. Dadurch soll eine Vergleichsmöglichkeit zwischen den Leistungen dieser Firma und jenen der Post gewonnen werden. Bei Bewährung ist an eine Ausweitung gedacht. Da das für dieses Projekt in Betracht gezogene Paketvolumen der Post nicht bekannt ist, läßt sich der zu erwartende Einnahmenausfall nicht beziffern. Der Anteil dieser vier Firmen am Gesamtpaketvolumen der Post beträgt rund 16 Prozent.

Zu den Fragen 4 und 5:

"Wurden mit den Großversendern spezielle Verhandlungen über die als Grund für die Abwanderung genannten Probleme geführt, wenn ja, mit welchem Ergebnis?"

- 2 -

Welche Maßnahmen werden seitens der Post ergriffen, um beispielsweise durch flexible Tarife den Verlust weiterer Großkunden hintanzuhalten?"

Auslösendes Moment war die Verärgerung über die, zwar grundsätzlich betriebswirtschaftlich gerechtfertigte, der Post aber als Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes abverlangte und im Parlament im Dezember des Vorjahres kurzfristig beschlossene Erhöhung der Postgebühren. Diese Maßnahme ließ keinen Spielraum für vom Versandhandel gewünschte Begleitmaßnahmen; wegen der im laufenden Katalog zugesagten Preise konnte die Erhöhung auch nicht auf die Kunden überwälzt werden. Einen gewissen Einfluß hatte auch der Poststreik in Deutschland, der die Suche nach einem weiteren Vertriebspartner angebracht erscheinen ließ.

Mit den Versandhändlern werden seit Jahrzehnten sowohl im Rahmen des Handelsverbandes als auch unmittelbar intensive Kontakte gepflegt. Dies hat auch dazu geführt, daß viele Wünsche dieser Kundengruppe erfüllt werden konnten. Auch als die in Rede stehende Absicht der Versandkaufhäuser bekannt wurde, hat die Post ihre Kontakte zu diesen Großversendern intensiviert. Durch gesetzliche Bindungen und durch ihre Struktur als Massenbeförderungsunternehmen mit einheitlichen, sozialverträglichen Gebühren ist die Post aber nicht immer in der Lage, kurzfristig auf einzelne Benutzerwünsche einzugehen. Dennoch werden auch im Hinblick darauf, daß Postleistungen - wie z.B. der Paketdienst - in Österreich weitgehend liberalisiert sind und deshalb das "Postmonopol" im wesentlichen nur mehr für "handgeschriebene, zugeklebte" Briefe und Postkarten besteht, alle gesetzlichen Möglichkeiten genutzt, diesen wichtigen Kunden entgegenzukommen.

So wurde den vier Versandkaufhäusern für Vorleistungen, die sie bei der Vorbereitung ihrer Sendungen für die Post erbracht haben, im Jahr 1991 ein Betrag in Höhe von 16 Millionen Schilling vergütet, der im Zuge einer Neubewertung für das heurige Jahr auf 26 Millionen Schilling angehoben wurde.

- 3 -

Was die Betriebsgüte betrifft, so werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Leistungen zu verbessern, Mängeln vorzubeugen, Fehler abzustellen und das Leistungsangebot den Bedürfnissen der einzelnen Kundengruppen soweit wie möglich anzupassen. In diesem Zusammenhang darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß die Post in den letzten zehn Jahren ihre Leistungen im Paketdienst um 43 Prozent und im Briefdienst um 53 Prozent bei nahezu unverändert gebliebenem Personalstand erhöht hat. Einer flexiblen Tarifgestaltung sind wegen des in der Bundesverfassung festgelegten Mitwirkungsrechts des Nationalrates an der Festsetzung der Postgebühren enge Grenzen gesetzt. Das Ziel wird trendmäßig weiterverfolgt und soll auch in künftigen Novellen zum Postgesetz und zur Postordnung neuerlich Berücksichtigung finden.

Wien, am 8. September 1992

Der Bundesminister

